



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 31. Januar 1886.

Nr. 51.

Bl. 30. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 173. königl. preussischer Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 30,000 Mk. auf Nr. 27899.
2 Gewinne von 15,000 Mk. auf Nr. 2101 21241.

5 Gewinne von 6000 Mk. auf Nr. 7655 43606 55482 69459 70904.

44 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 2862 3808 4529 10280 12846 21154 23497 24195 24142 26112 27435 28658 32472 39731 40244 44828 45262 47525 48255 55337 58737 60012 61243 62773 64337 65682 68342 69209 69357 70084 70370 74670 74930 78718 80215 82331 82931 83277 88880 89615 90175 90956 92875 94397.

51 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 2508 3516 4981 7500 7790 7814 10517 11005 11106 13075 14089 15756 16893 17552 18099 18230 22782 24257 25058 25833 31518 31562 35998 38800 39771 43839 45264 47033 49007 49549 51510 52020 52256 54991 55255 58529 62334 629 9 63675 63869 64172 69638 72559 73348 78531 86369 88424 88989 89153 89491 90651.

70 Gewinne von 550 Mk. auf Nr. 981 1937 3315 4823 4870 5442 6197 6794 8157 9199 12917 13639 14298 16350 17444 19286 19670 21557 21657 23882 24141 25117 27627 27778 31369 32036 32075 32206 33542 33545 34705 37261 40025 41561 42684 42751 44377 44406 45299 46458 47460 49184 50571 51232 51672 52955 53642 53129 54749 64319 65014 65110 66601 67545 68754 68948 70105 73415 73371 74221 77333 77823 77908 81807 82955 83662 84306 86033 86427 88667.

Deutschland.

Bl. 30. Januar. Von heute früh wird aus London telegraphiert, daß die Königin Gladstone mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt hat. In demselben werden die Whigs jedenfalls weit mehr in den Hintergrund treten als bisher; ob ein Barnell als Mitglied zugezogen werden wird, ist nicht bekannt, bezeichnend aber ist es, daß die Möglichkeit ernsthaft ins Auge gefaßt wird. Mit Hartington haben noch 15 Whigs sich von Gladstone losgesagt. Die parnellische Presse jubelt über diese Spaltung und bezeichnet Hartington's Abfall als einen höchst glücklichen Umstand; sehr begreiflich, denn je mehr Whigs abdrücken, desto abhängiger wird Gladstone von den Parnelliten, desto mehr haben diese sein Bleiben oder Gehen in ihrer Gewalt. Sie bezeichnen zwar — so vorsichtig sind sie immerhin noch — als die nächste und erfreuliche Folge der Sezession Hartington's, Goschen's und ihrer nächsten Freunde eine verstärkte Selbstständigkeit Gladstone's, „der jetzt erst vollständig Herr der Situation sei“. In Wahrheit ist das Gegenteil der Fall. Sobald die irische Frage als die beherrschende praktisch in den Vordergrund tritt, wird sich wohl herausstellen, daß die Hartington, Goschen u. s. w. sehr notwendig waren, um Gladstone die entsprechende Vertrauensstellung im Unterhause zu geben. Weit hinein in die Reihen der Liberalen fürchtet man Gladstone trotz aller Anerkennung seiner persönlichen Bedeutung als „Durchgänger“, und der Wegfall des wirksamen maßgebenden Einflusses im Kabinet wird dieses Mißtrauen nur verstärken können. Den „Daily News“ zufolge ist Gladstone fest entschlossen, die Regelung der ganzen irischen Frage in Angriff zu nehmen. Die letzte Wirkung erhofft er von einer Regelung der Landfrage im radikalen Sinne und von einer konsequenten Handhabung der allgemein geltenden Gesetze. Die Kommunen sollen eine verstärkte Autonomie erhalten, und über den einzelnen Kommunalrathen soll ein Zentralrath stehen. Die Kompetenz des Reichsparlamentes soll genau definiert werden, und der Zentralrath soll von demselben in Finanzfragen nicht ganz unabhängig sein. Ob und wie lange die Irländer mit diesem Programm zufrieden sein werden, muß sich erst zeigen. Der Minorität in Irland soll gesetzlich eine entsprechende Vertretung in den Kommunalrathen und im Zentralrathe gesichert

werden. Das ist, den „Daily News“, zufolge, welche ja Gladstone nahe stehen, das irische Programm, mit welchem der letztere in die Regierung tritt.

Die Nachricht der „Agence Havas“, derzufolge am Mittwoch ein plötzlicher Umschwung in den Anschauungen des griechischen Kabinetts eingetreten sein soll, indem Delhannis erklärte, sich der Aufforderung der Mächte zu fügen, war entweder unrichtig, oder es hat, vielleicht in Folge der englischen Minister-Krise, abermals ein Umschwung stattgefunden. In einem heute erschienenen zweiten Blatte der amtlichen Zeitung wird, so meldet der Telegraph, aus Athen, die auswärts verbreitete Nachricht von der Geneigtheit des griechischen Kabinetts, sich dem Willen Europas zu fügen und zu dem Ende von der Regierung zurückzutreten, als unbegründet bezeichnet; das griechische Kabinet habe nichts gethan, was zu einer derartigen Behauptung Anlaß geben könnte.

Das von der englischen Regierung in Athen gestellte Verlangen, daß der Bericht eines dortigen Blattes über den Vorgang bei der Ueberreichung der bekannten Salisbury'schen Note an Herrn Delhannis amtlich dementirt werde, bezieht sich auf die Behauptung, daß das Auftreten des englischen Gesandten bei jenem Anlasse ein unziemliches gewesen sei.

Die Instruktionen, welche der englische Admiral Hay erhalten hat, sind sehr energisch. Lord Salisbury hat sie, wie heute aus Konstantinopel gemeldet wird, dem dortigen englischen Geschäftsträger White mitgetheilt. Sie sind von Salisbury selbst unterzeichnet. Der Hauptpunkt derselben ist der Befehl, nöthigenfalls Gewalt gegen die Griechen anzuwenden, gleichviel an welchem Punkte dieselben die Türken angreifen würden.

Der englische Aviso „Heston“ und ein österreichisches Schiff sind heute in der Bucht von Suda vor Kreta einetroffen, das englische Geschwader wird morgen erwartet. Es sollen dort im Ganzen etwa 20 Schiffe europäischer Mächte sich zusammenfinden.

Die bereits erwähnte Erklärung des Defon Lender, des Führers der Zentrumspartei in Baden, lautete nach der „Bad. Landeszeitung“ wie folgt:

„Ich darf wohl mit meinen meisten Freunden auf's Beste die Ausbreitungen bebauern, welche von einer Prege begangen werden, welche uns zu vertreten vorgiebt. Ich lehne ab, namentlich ein Blatt, den „Bad. Beobachter“, entgegenwie als Organ unserer Partei gelten zu lassen und glaube mich hierbei im Einverständnis mit der Mehrheit meiner Freunde. Es ist überhaupt mein tiefempfundenes und schmerzliches Bedauern, daß gerade diejenige Presse, welche sich die katholische nennt, so häufig mit der Wahrheit in Widerspruch sich setzt.“

Der Rücktritt des Ministeriums Salisbury hat hier Bedauern erregt, wie dies auch zweifelsohne in den politischen Kreisen in Wien und Rom der Fall sein wird, da die entschiedene und zuverlässige Art des Vorgehens jenes Ministers in all diesen Kreisen großes Vertrauen zu seiner Politik erweckt hatte. Große Ueberraschung jedoch hat jenes Ereigniß nicht hervorgerufen, da man sich aus der Zusammensetzung des Parlamentes an den Fingern abzählen konnte, daß Salisbury nur so lange eine Mehrheit für sich haben würde, wie dies Herrn Gladstone gefiel, und daß also sein Rücktritt unabhängig von jedem vorherzusehenden Ereigniß täglich erwartet werden durfte. Salisbury tritt nach kurzer Regierung vom Ministerium zurück mit wohlverdienten Lorbeern, die er sich namentlich auf dem Gebiete der äußeren Politik erworben hat. Daß Gladstone ihn in dieser Beziehung mit gutem Erfolge werde ersetzen können, wird vielfach bezweifelt; jedoch ist dies zunächst Sache der Engländer, und man wird sich hier den Kopf nicht darüber zerbrechen. Es ist wohl möglich, daß die englische Politik Griechenland gegenüber nunmehr einen andern Charakter annehmen werde; dies dürfte aber auf die Haltung der drei Kaiserreiche und Italiens einwirken von keiner Bedeutung sein, da man dort eingeschlossen scheint, die einmal eingeleiteten Schritte, welche Griechenland zu einer friedfertigen Haltung nöthigen sollen, bis zum Erfolge durchzuführen. Die kürzlich veröffentlichte Depesche aus Athen, wonach Gladstone Griechenland den Rath erteilt,

sich dem Willen der Mächte zu fügen, würde die zuversichtliche Annahme rechtfertigen, daß Gladstone in Bezug auf Griechenland sich von den andern Mächten nicht absondern wird, wenn man bei der Vergangenheit des genannten englischen Staatsmannes nicht berücksichtigen müßte, daß seine politischen Ansichten vollständigen und schnellen Umwälzungen ausgelegt sind.

Zur englischen Ministerkrise wird aus London vom gestrigen Tage berichtet:

„Die Königin zögerte lange, Salisbury's Entlassungs-Gesuch anzunehmen, fügte sich jedoch schließlich in das Unvermeidliche und beschloß, Gladstone mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Granville wird wahrscheinlich nicht wieder Minister des Aeußern werden; als Kandidaten für diesen Posten werden Hartington, falls derselbe überhaupt in das Kabinet eintritt, Kimberley, Rosebery und Dilke genannt. Barnell ist abgeneigt, in die Regierung einzutreten. Ueber die Zusammenstellung des neuen liberalen Kabinetts erfährt der „Daily Telegraph“, daß dasselbe höchst wahrscheinlich Lord Granville, Earl Spencer, Lord Rosebery, Lord Kimberley, Sir William Harcourt (als Lordkanzler), Mr. Chamberlain, Mr. Mundella, Mr. John Morley, Mr. Trevelyan, Mr. Campbell-Bannermann und Mr. Henry Fowler umfassen werde. Eine ausgezeichnete Stellung im Kabinet wird auch Sir Charles Dilke angetragen werden. Lord Selborne wird in das Ministerium nicht wieder eintreten, und es ist auch unwahrscheinlich, daß die Lords Carlingford und Northcote dem neuen Kabinet angehören werden. Möglicher Weise dürfte John Bright wieder in demselben figuriren, aber es steht bereits fest, daß untergeordnete Posten in der Regierung Mr. Jesse Collings und Mr. Broadburt erhalten dürften. Hervorragende Liberale, darunter mehrere Gemäßigter, betonen, die Situation erheische es, daß auch Mr. Barnell oder Mr. Healy eingeladen werden, ein Regierungsgesamt anzunehmen. Wieder „Standard“ erfährt, haben Lord Granville, Lord Spencer, Lord Derby und Lord Kimberley eingewilligt, Gladstone in der Fortführung der Regierung zu unterstützen. Andererseits sind Lord Hartington, Mr. Goschen und Sir Henry James abgeneigt, sich mit einem Homerule-Programm einverstanden zu erklären. Es werde jedoch geglaubt, daß Gladstone sein Programm so einschränken und kürzen werde, daß sie dasselbe schließlich annehmen werden. Trevelyan soll ebenfalls der Anti-Homerule-Partei angehören. Gerüchweise verlautet, Chamberlain werde den irischen Obersekretärposten besetzen.“

Der „Difensore Cattolico“ versichert auf Grund authentischer Informationen, daß die kirchenpolitische Vorlage, welche demnächst dem preussischen Landtage zugehen soll, keineswegs ein bloßer Versuch, sondern als die konkrete Frucht langer diplomatischer Negotiationen aufzufassen sei. Letztere fänden in Rom seit ungefähr sechs Wochen statt. Das katholische Organ fügt hinzu, daß der heilige Stuhl, stets von aufrichtiger Freundschaft befeuert, keinen Anstand getragen, dieser Vorlage sein Placet zu erteilen, weil dieselbe den ersten Schritt zu einer organischen Revision der Maßregeln bedeute.

Nach einer vom „H. C.“ veröffentlichten statistischen Uebersicht über die Lehrer an den Gymnasien, Realgymnasien und verwandten höheren Schulen in Preußen gab es daselbst im Winter 1884 auf 1885 522 höhere Lehranstalten, darunter 257 Gymnasien, 37 Progymnasien, 89 Realgymnasien, 88 Realprogymnasien, 14 Oberrealschulen, 18 Realschulen und 19 höhere Bürgerschulen. An diesen Schulen waren 5373 akademisch gebildete Lehrer angestellt resp. beschäftigt, nämlich 522 Direktoren und Rektoren, 3582 Oberlehrer und ordentliche Lehrer, 717 wissenschaftliche Hilfslehrer und 552 Probekandidaten. Es waren danach 14 1/2 Prozent der wissenschaftlichen Lehrer nicht normalbetätigt, und 11 Prozent waren Probekandidaten. Im Jahre vorher gab es 514 höhere Schulen mit 5142 etatsmäßigen Direktoren und Lehrern, neben 782 wissenschaftlichen Hilfslehrern, d. h. letztere waren 16 1/2 Prozent. Es hat danach das Institut der wissenschaftlichen Hilfslehrer eine Verminderung von 2 Prozent erfahren, und man darf danach wohl die Hoffnung haben, daß der Minister im Laufe des gegenwärtigen Schul-

jahres eine weitere Verminderung herbeiführen wird. Die Anzahl der Probekandidaten ist gegenüber dem Vorjahre von 491 auf 552 gestiegen, so daß noch immer eine Zunahme des Zudranges zum höheren Lehrfache besteht, trotz der schon vorhandenen Ueberfüllung auf mehreren Gebieten. Bis Ostern 1884 wurden Probekandidaten nur mit sehr seltenen Ausnahmen an unvollständigen Lehranstalten beschäftigt, seitdem ist der Andrang so groß geworden, daß das Verfahren geändert und auch diesen Schulen Probekandidaten zugewiesen werden mußten. Sehr wünschenswert für die angehenden Studierenden wäre es, wenn in den statischen Angaben ausgeführt würde, wie groß die Anzahl der Probe-Kandidaten für die einzelnen Fächer ist. Nach allgemein verbreiteter Ansicht herrscht jetzt die größte Ueberfüllung im mathematischen Fache, während an klassischen Philologien kein Ueberfluß ist.

Die Anzahl der Indianer in Nordamerika wird bekanntlich mit jedem Jahre geringer, unglücklicherweise befinden sich aber unter den überlebenden Stämmen einige, welche gegen die weißen Ansiedler schlimmer haufen, als manches halbe Duzend der untergegangenen Stämme zusammen genommen es thaten. Ein solcher schlimmer Stamm sind die Apaches in Arizona und New-Mexiko, oder wenigstens ein Theil derselben unter Führung eines gewissen Geronimo. Die Bande hat sich von dem Landstriche, welcher den Apaches zum Wohnsitz angewiesen, entfernt und streift mordend und plündernd im ganzen Lande umher. Dieselbe hat die Bevölkerung von Arizona und New-Mexiko derartig in Angst und Schrecken versetzt, daß die Zivilbehörden ernstlich auf eine gänzliche Ausrottung der blutdürstigen Wilden sinnen. Während der jüngst verfloffenen drei Monate sind im westlichen New-Mexiko und im östlichen Arizona Duzende von Familien auf die qualvollste Weise hingemordet, Niederlassungen zerstört und ganze Heerden Vieh gestohlen worden. Die Sicherheit von Person und Eigentum hat in jenem Landstrich gänzlich aufgehört und dabei steht fest, daß die Zahl der Indianer nur eine ganz geringe ist. General Sheridan sagt, ihre Anzahl belief sich ursprünglich nur auf 42 Krieger und 94 Frauen und Kinder, und sie streifen auf dem Terrain umher, ohne daß sich ihnen eigentlich recht beikommen läßt. Falls sie einmal von einer Abtheilung Militär überrascht werden, so denken sie nicht daran, ein Treffer zu liefern, sondern zerstreuen sich nach verschiedenen Gegenden, und treffen an einem früher verabredeten Punkte wieder zusammen. Mit der Verfolgung und Vernichtung der Bande ist General Crook betraut, dem zu diesem Zwecke 3000 Mann Bundesruppen zur Verfügung stehen, was allerdings nicht viel sagen will, da das zu schützende Gebiet etwa 80,000 englische Quadratmeilen umfaßt. Er hat zu diesem Zwecke einen Patrouillendienst eingerichtet, von dem er das Beste hofft, der aber auch manches Bedenkliche hat. So marschirte z. B. im vorigen Monat eine solche Truppenabtheilung von etwa 30 Mann durch das Gebirge, wagte sich in einen Engpaß und erhielt dort plötzlich von rechts und links Feuer, so daß fünf Mann auf dem Platze blieben, zwei verwundet wurden und der Rest sich nur durch eilige Flucht retten konnte. Zu beklagen ist es, daß die Ansiedler nur ungenügend bewaffnet, und deshalb der Gnade der sie überfallenden Indianer in den meisten Fällen preisgegeben sind. Bis jetzt sind elf Mitglieder der Geronimo'schen Bande getödtet und 31 Frauen und Kinder gefangen genommen worden. 20 Krieger, so wie alle übrigen Frauen und Kinder befanden sich in Mexiko, so daß auf amerikanischem Gebiet sich zur Zeit nur noch elf Krieger herumtreiben.

Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf betreffend Abänderung des § 137 des Gerichtsverfassungsgesetzes jetzt zugegangen. Darnach soll der genannte Paragraph folgende Fassung erhalten:

„Bill in einer Rechtsfrage ein Zivilsenat von der Entscheidung eines andern Zivilsenats oder der vereinigten Zivilsenate, oder ein Strafsenat von der Entscheidung eines andern Strafsenats oder der vereinigten Strafsenate abzuweichen so ist über die streitige Rechtsfrage im ersten Fall eine Entscheidung der vereinigten Zivilsenate, im letzteren Fall eine solche der vereinigten Straf-

senate einzubeten. Einer Entscheidung der Rechtsfrage durch das Plenum bedarf es, wenn ein Zivilsenat von der Entscheidung eines Strafsenats oder der vereinigten Strafsenate, oder ein Strafsenat von der Entscheidung eines Zivilsenats oder der vereinigten Zivilsenate, oder ein Senat von der früher eingeholten Entscheidung des Plenums abweichen will. Die Entscheidung der Rechtsfrage durch die vereinigten Senate oder das Plenum ist in der zu entscheidenden Sache bindend. Sie erfolgt in allen Fällen ohne vorgängige mündliche Verhandlung.

Soweit die Entscheidung der Sache eine vorgängige mündliche Verhandlung erfordert, erfolgt dieselbe durch den erkennenden Senat auf Grund einer erneuten mündlichen Verhandlung, zu welcher die Prozessbeteiligten von Amts wegen unter Mittheilung der ergangenen Entscheidung der Rechtsfrage zu laden sind.

Der zwischen Frankreich und China abgeschlossene Vertrag, der am 28. November 1885 in Peking ratifizirt worden, ist laut einem der „Times“ unter dem 27. Januar zugehen den Telegramm, an diesem Tage publizirt worden. Für die französische Diplomatie schmeichelhafter als für die chinesische ist der auf den Bau von Eisenbahnen in China bezügliche Passus. Derselbe lautet nach der „Times“ wörtlich: „Falls China beschließen sollte, Eisenbahnen zu bauen, so ist vereinbart, daß es sich an die französische Industrie wenden wird. Die Regierung der Republik wird China dagegen jede Erleichterung gewähren, um demselben diejenige Unterstützung zu verschaffen, welche es beanspruchen wird. Ebenso wird vereinbart, daß diese Klausel auch so aufgefaßt werden darf, als stelle sie ein ausschließliches Vorrecht zu Gunsten Frankreichs dar.“ Man erkennt hier die Geschicklichkeit der chinesischen Diplomatie, welche das im ersten Theile der Vertragsklausel enthaltene Versprechen sogleich wieder aufhebt. Was nun die Eisenbahnbauten selbst betrifft, so geben dem „Journal des Debats“ aus London hierüber bemerkenswerthe telegraphische Mittheilungen zu. Hiernach sind dem Hof in Peking von Seiten hoher Beamten, insbesondere von Seiten der Gouverneure in den Provinzen Dentschirun zugegangen, in welchen davon abgerathen wird, falls nicht die bringende Nothwendigkeit vorliegt, eine neue Anleihe aufzunehmen. Die chinesische Regierung würde nach dem Pariser Platte wahrscheinlich diese Rathschläge befolgen und augenblicklich auf den Bau von Eisenbahnen verzichten, indem sie vorzieht, sich die Verstärkung der Flotte sowie die Vertheidigung der Küsten angelegen sein zu lassen. Für diese Zwecke reichen aber angeblich die gewöhnlichen Hilfsquellen Chinas hin, ohne daß es einer Anleihe bedarf. Der Gewährsmann der „Debats“ will diese Mittheilung aus sicherer Quelle erhalten haben. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Besorgnis vor der Konkurrenz der deutschen Industrie der mitgetheilten Auffassung zu Grunde liegt, während andererseits gemeldet wird, daß gerade von französischer Seite jetzt Versuche gemacht werden sollen, den Bau der chinesischen Eisenbahnen zu übernehmen.

Mejeritz, 27. Januar. In einer Stadt in unserer Nähe lebt seit länger als 30 Jahren ein biederer katholischer Geistlicher, welcher bereits vor circa 2 Jahren sein 50jähriges Amtsubitium gefeiert hat. Derselbe ist es stets gelungen, seine Pflichten als katholischer Geistlicher mit denen gegen die Staatsregierung zu vereinen, auch mit seinen andersgläubigen Mitbürgern in Frieden zu leben. Seit etwa 3 Jahren hat der altersschwache Geistliche einen Bisar zur Unterstützung in seinen Amtsgeschäften erhalten und in Folge dessen hat sich die Situation in dem genannten Orte wesentlich geändert. Der Bisar führte wegen einer Polin in der deutschen Parodie polnische Predigten ein, welche vorerst alle drei Wochen gehalten wurden. Zwar verließ der größte Theil der deutschen Zuhörer während der polnischen Predigt die Kirche, doch die Einrichtung blieb fortbestehen. Auch verweigerte der in Rede stehende Geistliche denjenigen Personen, welche in Mischehen leben, die Absolution, sofern sie ihre Kinder in die evangelische Schule schickten und erklärte, daß er einen Versorbenen nicht zur letzten Ruhestätte begleiten werde, wenn, wie bisher, die Glocken der evangelischen Kirche während des Ganges nach dem Friedhofe geläutet würden. In Folge dessen schwiegen fortan die Glocken der evangelischen Kirche bei jedem katholischen Begräbnisse. Ferner verbot er den Katholiken, bei Andersgläubigen zu kaufen und arbeiten zu lassen, was wegen der geringen Zahl der Katholiken in diesem Orte für sie nur von Nachtheil gewesen wäre, im Falle sie sich hier nach dem Befehl des Geistlichen gerichtet hätten. Alles athmete erleichtert auf, als dieser „Apostel des Friedens“, von welchem man hier behauptete, daß er die ministerielle Dispensation gar nicht einmal nachgesucht hätte, nach einer an der Breslau-Posener Eisenbahn gelegenen Stadt des Kreises Schrimm versetzt wurde. Leider scheint sein Nachfolger in dieselben Fußstapfen zu treten. Derselbe macht, wie man hört, nicht nur in Mischehen sehr eifrige Versuche, die Kinder Erziehung in jedem Falle in katholische Hände zu bringen, sondern fordert auch die Katholiken auf, aus Vereinen zu scheiden, in welchen sich anderegläubige Mitglieder befinden. Ja, sogar das Tanzen mit Nichtkatholiken soll er als unstatthaft erklärt haben. Auf unter solchen Umständen bereits eine starke Zurückhaltung der katholischen Bevölkerung den Andersgläubigen gegenüber wahrzunehmen und eine Gefährdung des einzigen friedlichen Zusammenlebens zu be-

fürchten ist, darf nicht Wunder nehmen. Freilich haben beide Geislliche ihre Studien nicht in Preußen absolvirt. Während der erstere den größten Theil seiner Ausbildungszeit im Jesuiten-Kollegium zu Innsbruck zubrachte, hat der letztere seine Bildung vornehmlich in Würzburg genossen. (Pos. 3tg.)

Ausland.

Paris, 28. Januar. Der im Amtsblatt eben veröffentlichte Erlaß über die Regelung der Schutzherrschaft in Anam und Tonkin wurde heute in der Kammer lebhaft besprochen, denn er enthält in der That ein ganz neues Kolonialsystem. Der von Freycinet unterzeichnete einleitende Bericht besagt, daß die Schutzherrschaft, den Wünschen des Landes entsprechend, so sparsam wie möglich eingerichtet würde. Die Verantwortlichkeit des General-Residenten wird demnach beträchtlich sein. „Das Verwaltungssystem“, so heißt es nach der schon mitgetheilten Darlegung der Befugnisse des General-Residenten, „ist eines der denkbar einfachsten und steht im Einklang mit den Verträgen, welche mit dem Hofe von Hue geschlossen wurden. Es handelt sich darum, die verhältnismäßig guten Einrichtungen des Königreichs Anam zu benutzen und sie unseren Ideen dienstbar zu machen. Der General-Resident muß daher vor allem auf die Regierung von Hue seinen Einfluß geltend machen und mit Hilfe seiner verschiedenen Agenten untersuchen, welche Erfolge dieses Vorgehen in der Provinz haben wird. Sicherlich wird man auf diese Weise die Zahl der europäischen Beamten bedeutend verringern können.“ Vor allem habe sich der General-Resident mit dem Zollwesen und den öffentlichen Arbeiten zu beschäftigen, da in dieser Hinsicht auf den Hof von Hue nicht zu rechnen sei; später, wenn das Ansehen Frankreichs befestigt und der Einfluß der französischen Gesittung durchgebrungen sei, würde man auch die Gebiete des Justizwesens, des Unterrichts und der Steuern ernstlich in Angriff nehmen können. Diese Maßregeln aber sollen maßvoll angewandt werden und die Fortschritte müssen mit der Entwicklung der einheimischen Hilfsquellen gleichen Schritt halten, da das Mutterland neue Lasten für die Kolonien nicht tragen könne.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 31. Januar. Die beiden Kometen, welche Anfangs Dezember v. J. nahezu gleichzeitig von verschiedenen Beobachtern entdeckt worden sind, werden, soweit die bis jetzt vorliegenden Rechnungen erkennen lassen, glänzende Erscheinungen am Himmel werden. Der größere der beiden Himmelskörper (Komet Fabry) erreicht, wie die „Kreuz-Ztg.“ meldet, etwa Anfangs Mai seine größte Helligkeit. Er befindet sich zu dieser Zeit in dem zirkumpolaren Theile des Himmels, so daß er während der ganzen Nächte sichtbar sein wird. Der zweite (Komet Barnard) erreicht seine größte Helligkeit in der zweiten Hälfte des Mai. Zu dieser Zeit befindet er sich in der scheinbaren Nähe der Sonne und wird daher weniger gut sichtbar sein. Gegenwärtig sind beide Kometen noch sehr lichtschwach; erst im Laufe des Aprils werden sie wahrscheinlich mit bloßem Auge sichtbar werden.

Zur Verhandlung auf dem diesjährigen deutschen Lehrertage, welcher in den Pfingstferien in Hannover stattfinden wird, hat der Vorstand des deutschen Lehrervereins folgende Thematata vorgeschlagen: 1) Die Stellung des Lehrers in der Schulverwaltung. 2) Soll die Schule Sache der Reichsverwaltung sein? 3) Ueber die Berechtigung der Vorschulen. 4) Ueber Bibelauszüge und deren Berechtigung.

Ueber Verabfolgung der seit dem 1. Januar nach dem neuen Billetsystem etwa zu lösenden Zusatz-Billets bezw. zur Verhütung von Gepäcksbefrauden ist auf den preussischen Staatsbahnen nachträglich bestimmt worden, daß Zusatz-Billets nur auf Unterwegestationen verabfolgt werden, auf den Abgangstationen dagegen die Lösung von Zusatz-Billets nicht gestattet ist, sondern nur ein Umtausch des Billets vorgenommen werden kann. Der Reisende darf also, abgesehen von dem ersteren Falle bezw. beim Mangel von Billets 1. Klasse, stets nur mit einem Billet versehen sein, welches auf diejenige Wagenklasse lautet, welche er benutzen will. Falls die Zusatz-Billets den Gepäcksstempel tragen, ist das Fahrpersonal angewiesen, die nachträgliche Regelung der Gepäcksfrachtberechnung und Einziehung des Mehrbetrages für das das Freigepäck von 25 Kilogramm übersteigende Gepäck zu veranlassen.

Die Abtheilung Stettin der Gesellschaft für deutsche Kolonisation hielt am Donnerstag Abend im Restaurant Hellberg eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in welcher zuerst die Statuten berathen und angenommen wurden und dann die Wahl des Vorstandes stattfand, welcher aus folgenden Herren besteht: Vorsitzender: Verwaltungsgerichts-Direktor Brunner, Stellvertreter: Regierungsrath Düring und Hauptmann a. D. von Hennings, Kassensührer: Major a. D. Büttow, Stellvertreter: Hauptmann v. Bomsdorff, Schriftführer: Bauführer Wislow, Stellvertreter: Dr. Wehrmann. Demnach wurden interessante Vorträge über verschiedene Gebiete der Kolonisation gehalten und am Schluß alle Mitglieder gebeten, den statutenmäßigen Monatsversammlungen recht zahlreich beizuwohnen zu wollen. Die Statuten werden allen Mitgliedern baldigst zugestellt werden.

Das am 3. Februar stattfindende Elitè-Konzert verspricht einen sehr gennüßreichenden Abend, in erster Reihe verdient als Mitwirkende Frau.

Arma Szentek, die amerikanische Geigenvirtuosin, hervorgehoben zu werden, welche bereits im vorigen Jahre durch ihr treffliches Spiel die Musikfreunde begeistert hat; weiter gewinnt das Konzert durch die Mitwirkung von Fr. Buttischardt und Herrn W. Richter besonderes Interesse.

Der Pfarrer Gottlieb Heinrich Körner in Wangerin ist zum Superintendenten der Synode Laubes, Regierungsbezirk Stettin, und der Oberpfarrer Paul Neumann in Bütow zum Superintendenten der Synode Bütow, Regierungsbezirk Köslin, ernannt.

In der Woche vom 24. bis 30. Januar wurden in der hiesigen Volksschule 2343 Portionen verabreicht.

Aus den Provinzen.

Bütow, 28. Januar. Der Ausschuß des hiesigen Darlehnskassen-Vereins hat beschlossen, behufs Jahres-Rechnungslegung und Wahl von Vorstands-Mitgliedern eine außerordentliche General-Versammlung der Mitglieder des Vereins auf Sonnabend, den 13. Februar er, anzuverraumen. Gleichzeitig soll der Antrag Sierka und Genossen betreffend die Gehalts-Erhöhung des Rentanten und Kontrollieurs zur Tagesordnung gebracht werden. Die Kassen-Berichte, Wertpapiere, Schulddokumente und Kassenbücher wurden vom Ausschusse revidirt und für richtig befunden. Die Aktiva des Vereins beträgt 369,952,98 Mark, die Passiva 363,426,50 Mark, der Reingewinn 6526,48 Mark. Der Vorstand und der Ausschuß empfehlen die Vertheilung einer Dividende von 8 Prozent. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde von der Revision der Stadthauptkasse Kenntniß genommen. Nach derselben betrug der Bestand der Stadthauptkasse 3040 Mark 43 Pf., der Reichsantennestelle 20,867 Mark 92 Pf. Ferner bewilligte die Versammlung den Betrag von 50 Mark zur Ausbildung einer Steiger-Abtheilung zur Pflichtfeuerwehr. Der hiesige Turnverein hat sich erboten, aus der Zahl seiner Mitglieder eine Steiger-Abtheilung zu stellen, falls die in Aussicht gestellte Unfall-Versicherung in Kraft tritt. Als Beigeordneter des Bürgermeisters wurde der Herr Rentier Marg auf die Dauer von ferneren 6 Jahren mit 9 gegen 6 Stimmen wieder gewählt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Trompeter von Säckingen.“ Oper in 3 Akten und einem Vorspiel. Bellevue-Theater: „Der Störenfried.“ Lustspiel in 4 Akten.

Montag: Stadttheater: Benefiz für Fr. Friederike Springer. „Durch's Dbr.“ Lustspiel in 3 Akten. „Die Hagestolzen.“ Lustspiel in 3 Akten.

Dienstag: Stadttheater: „Stradella.“ Romantisch-komische Oper in 4 Akten.

Bermischte Nachrichten.

Wien. Am 28. Januar wurde Erzherzogin Margarethe, die fünfzehnjährige Tochter des Erzherzogs Karl Ludwig, als sie mit ihren beiden Schwestern Nachmittags in der Hauptallee des Praters promenirte, plötzlich von einem ziemlich gut gekleideten, dem Ansehen nach den besseren Ständen angehörigen Manne angegriffen. Derselbe wurde von einem herbeieilenden Wächmann und einem Drochkentischer sofort arretirt; über seine Persönlichkeit verweigerte er jede Auskunft, man hält ihn für irrsinnig.

Prag. Am 28. Januar herrschte hier ein solcher Nebel, daß um 10 Uhr Vormittags ausnahmslos die Lampen brennen mußten. In den Straßen herrschte förmliche Finsterniß wie zur Abendzeit, so daß sich der Verkehr schwerfällig abwickelte.

Ein Besuch beim König Thibo von Birma wurde bekanntlich von unserem vielgereisten Landsmann Dr. W. Joesst im Jahre 1880 ausgeführt; der Genannte ist überhaupt der einzige Europäer, welcher von jenem asiatischen Despoten empfangen wurde. Es dürfte interessant sein, die bei dieser festerlichen Audienz vom König Thibo betreffend Deutschland gestellten Fragen hier zu wiederholen: „Wird in Deutschland Jedermann Soldat? Bei welcher Truppe haben Sie gedient? Haben Sie den Feldzug gegen Frankreich mitgemacht? Stammen die Narben in Ihrem Gesicht vom Feldzug her? Ist Bismarck (Vilma) noch Minister und wie geht es ihm?“ Bei jeder Frage des Königs durchlief ein leichtes freudiges Grinsen die glänzende Versammlung der Minister und Großen des Reiches, welche die Stirn auf den Boden gedrückt, mit über dem Kopf gefalteten Händen dalagen.

Schlesien war, wie nicht unbekannt, im Mittelalter berühmt wegen seiner vorzüglichen Biere. Namentlich zeichnete das Schweidnitzer Schöpfbier, welches dem Breslauer Rathhauskeller den Namen gab und einst eine ernsthafte Fehde zwischen Magistrat und Domkapitel von Breslau veranlaßte, vor den anderen Sorten sich aus. Von einem anderen, jetzt kaum noch genannten, damals aber sehr bekannten und hoch geschätzten Gebräu weiß die „Schlesische Kern-Chronik“, erschienen 1711 in Frankfurt und Leipzig bei Johann Leonhard Buggel, zu berichten. Der Chronist erzählt: „Anno 1203 ward Herzog Cunrad zu Steina durch große Bemühung seines Bruders, Herzogs Heinrich III. (von Glogau), zum Erzbischof von Salzburg erwählt; daher ihn auch der Bruder mit einem großen Gefolg dahin ziehen ließ. Wie sie nach Wien kamen, so waren die

Bäpstin, die sie voll steinischen Bieres mitgenommen hatten, ausgeleert, und als man zu Wien dergleichen nicht bekommen, auch zu Salzburg solches zu erlangen Herzog Cunrad keine Hoffnung machen konnte, weil man daselbst wegen der vielerlei herrlichen italienischen Weine nicht an das Bier gedachte, so bekam Herzog Cunrad einen Abscheu, dahin zu gehen, und sagte frei heraus, er wollte lieber das Bisthum, als das gute Bier fahren lassen, und lehrte also wieder nach Schlesien.“ Allerdings bekam dieses dem bierfreundlichen Prälaten schlecht: „Hierüber ärgerte sich sein Bruder Heinrich zu Glogau über die Mäßen und ließ ihn bei seiner Zurückkunft als einen wahnwitzigen Menschen in einen Thurm zu Glogau werfen und lange Zeit ihn darinnen stecken, bis ihn die steinische und raubische (raubtöner) Landschaft daraus erledigte, die er deswegen auch mit großen Privilegien begab.“

(Ein stolzer junger Brit.) Maximilian Milton, der Sohn eines gegenwärtig in Australien befindlichen Kapitäns, ist seit dem Herbst im Knabeninstitute des Professors Colomber zu Marseille untergebracht. Der 13jährige Jüngling erfreut sich des besten Rufes, nur mit der Frau des Direktors vertritt er sich nie recht, da diese ihm immer ihren kleinen Knaben als Gefährtin aufdringen wollte, was dem kleinen John Bull durchaus nicht behagte. Ende Dezember fand wieder einmal ein kleines Scharmügel statt und die Frau Direktorin ließ sich hinreißen, Maximilian „einen arroganten, frechen Gasten-Jungen“ zu heißen. Kurz entschlossen klagte der kleine Engländer durch einen Advokaten, dem er als Vorkämpfer seine Neujahrsgebelde gab, die Direktorin auf Ehrenbeleidigung. Verjöhntlich meinte der Richter: „Aber dem Direktor selbst hätten Sie diese harten Worte verziehen?“ — „Ja, denn er ist mein Lehrer, sie aber steht mir völlig fremd gegenüber und darf mich nicht beleidigen.“ Der entschlossene Junge erlebte thatächlich den Triumph, Madame Colomber zu 50 Francs Strafe verurtheilt zu sehen. Mit leuchtenden Augen sagte er ihr: „Hoffentlich werden Sie jetzt für Ihren Jungen auf die Gesellschaft Ihres gerichtlichen Gegners nicht mehr reflektiren!“

(Militärische Dienstsprache.) Ordnungszug (zum Abgang fertig): „Haben der Herr Oberst noch etwas zu befehlen?“ — Oberst: „Jawohl, melden Sie sich auf der Hauptwache zu Arrest.“ — (Auf der Hauptwache.) Ordnungszug: „Herr Lieutenant, melde mich zu Arrest.“ — Lieutenant: „Warum?“ — Ordnungszug: „Weiß nicht; fragte, ob der Herr Oberst noch etwas zu befehlen hätte, da sagte er: Jawohl, sollte mich in Arrest melden.“ — Lieutenant (lachend): „Ganz recht, er zeigte Ihnen, daß er noch etwas zu befehlen hat.“ „Befehlen der Herr Oberst noch etwas!“ heißt es.

Dichter (der als Gourmand bekannt ist): „Sie können noch gar nicht wissen, ob mir die Nachwelt nicht auch ein Monument errichten wird!“ — Journalist: „Ein Monument? Das bezweifle ich, aber in Anerkennung Ihrer Leistungen auf gastronomischem Gebiete vielleicht eine Gedenktafel!“ — (Meteorologische Betrachtung.) „Wie schön warm als's heut wieder ist! Wie schön d' Sonne scheint! — Wann i nur wüßte, ob i's reflektiren konnt, mein' Weib ihr Winterjaden schon jetzt ins Verjaamt z' tragen!“

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Ratibor, 30. Januar. Amtliches Resultat der in hiesigen Wahlkreise stattgehabten Reichstagswahl: Es wurden im Ganzen 10,789 St. abgegeben, gewählt wurde mit 10,732 St. Geh. Oberjustizrath Desjanicz von Oliszczynski in Berlin (Zentrum).

Paris, 29. Januar. Immer mehr stellt sich heraus, daß die Behörden bei Gelegenheit der Ermordung des Unterdirektors Watrin eine überaus traurige, wenn nicht sogar in gewissem Sinne eine schuldvolle Rolle gespielt haben. Das Verbrechen erfolgte beinahe unter den Augen des Maires, des Unterpräfekten, des Staatsanwaltes und der Ingenieure. Der Maire wies sogar das Einschreiten der Gendarmen zurück, als die aufrührerischen Arbeiter den unglücklichen Watrin gleichsam als Gefangenen zur Mairie führten. Auch republikanische Blätter können heute nicht umhin, eine strenge Untersuchung hierüber zu fordern. Zu bemerken ist, daß in dem Departement monarchistische Deputirte gewählt sind, daß der Maire ein bei den Wahlen durchgefallener früherer opportunistischer Deputirter ist, und daß die Mitglieder des Verwaltungsrathes sowie der Direktor der Gruben als Monarchisten und Republikale bezeichnet werden.

London, 30. Januar. Die Königin hat nunmehr Gladstone mit der Bildung des neuen Kabinetes beauftragt.

London, 30. Januar. Bei der Erziehung zum Unterhause in Süd-Edingburg wurde an Stelle des verstorbenen liberalen Abgeordneten Harrivon Gilders (liberal) mit 4029 St. gegen Polwart (konservativ), welcher 1730 St. erhielt, gewählt.

Madrid, 29. Januar. Heute fand hier seitens einer größeren Anzahl von unbedingten Arbeitern eine öffentliche Kundgebung statt. Nachdem der Präfeld indes versprochen hatte, daß er für Arbeit und Beschäftigung sorgen wolle, gingen die Arbeiter wieder friedlich auseinander.

Belgrad, 30. Januar. Der serbische Friedensvollmächtigte Mijatovic ist mit dem ihm beigegebenen Sekretär Zankovic heute nach Bukarest abgerückt.